

Nettostromimport extrem gestiegen

Ausbau der erneuerbaren Energien muss in den Bundesländern jetzt zur Chefsache erklärt werden

St. Pölten, am 27.3.2022: Letztes Jahr hat der Nettostromimport wieder zum negativen Höhenflug angesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist er sogar um das dreieinhalbfache gestiegen, was einem Anteil von 10,4 Prozent am Stromverbrauch entspricht. 700 Mio. Euro wurden damit an Kohle- und Atomkraftwerke im Ausland gezahlt. „Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien dringender denn je“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Die erneuerbaren Energien sind der Garant für eine unabhängige Energieversorgung. Es ist Zeit, den nötigen Ausbau endlich zu Beginnen.“ Zentrales Element sind die Rahmenbedingungen in den Bundesländern. „Die Bundesländer müssen jetzt die Handbremse beim Ausbau der erneuerbaren Energien lösen“, so Moidl.

Nach aktuellen Zahlen der E-Control ist der Nettostromimport 2021 mit 7,5 Mrd. kWh regelrecht explodiert. Von den 2,2 Mrd. kWh im Jahr 2020 ist er damit um das Dreieinhalbfache gestiegen und entspricht nun einem Anteil am Stromverbrauch von 10,4 Prozent. Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 (3,1 Mrd. kWh) ist der Nettostromimport aber auch um das Zweieinhalbfache gestiegen. Damals lag der Anteil des Nettostromimports am Stromverbrauch bei 4,2 Prozent. „Die regelrechte Explosion des Nettostromimportes zeigt einmal mehr, wie dringend wir die heimische Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien brauchen“, bemerkt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

700 Mio. Euro Geldabfluss

Durch die derzeit hohen Strompreise waren die 7,5 Mrd. kWh der Nettostromimporte besonders teuer. Rund 700 Mio. Euro wurden dafür an Stromerzeuger außerhalb Österreichs gezahlt. „Wir

zahlen hunderte Millionen Euro an Kohle- und Atomkraftwerke im Ausland, weil wir es nicht schaffen, in Österreich ausreichend Windräder zu errichten. Das muss sich schleunigst ändern“, fordert Moidl.

Bundesländer müssen handeln

Während die Bundesregierung Auswege aus der Gaskrise sucht, haben die Bundesländer noch nicht damit begonnen, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verbessern. „Die Geschwindigkeit der Energiewende und auch deren Gelingen liegt in der Hand der Bundesländer“, erklärt Moidl: „Die Handbremsen beim Windkraftausbau müssen in allen Bundesländern jetzt gelöst werden.“ Damit die Energiewende gelingen kann, müssen die Bundesländer neue Flächen für die Windkraft ausweisen, zusätzliche Ressourcen für die Behörden zur Verfügung stellen und den Rahmen für effiziente Genehmigungsverfahren schaffen.